Morgen-Ausgabe. Nr. 475 — Sonnabend, 9. Oktober 1937

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 49,28 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgeb.) bei siebenmal wöchentlich. Verlaufs. Einzel-Nr. 10 Rpf., bei gleichzeitig. Versand d. Abend- u. Morgen-Ausgabe 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 6: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 4 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Rede des britischen Ministerpräsidenten

England erhofft Zusammenarbeit mit Rom

London nimmt an einer Ostasienkonferenz teil

London, 8. Oktober.

Der englische Ministerpräsident Chamberlain hielt am Freitagabend auf dem Parteikongreß der Konservativen Partei Englands eine Rede, in der er auf alle schwebenden politischen Gegenwartsfragen einging. Im Mittelpunkt des internationalen Interesses standen die Erklärungen über die Rede des amerikanischen Präsidenten, der er seine Zustimmung gab und seine Bereitschaft kundtat, an einer Neunmächtekonferenz mitzuarbeiten. Bezüglich Spaniens schlug er einen versöhnlichen Ton gegenüber Italien an und hoffte auf einen baldigen Ausgleich der bestehenden Spannungen durch eine Anbahnung zu Besprechungen mit Italien, die sich Chamberlain von der italienischen Antwortnote erhofft. Auffallend war die ziemlich scharfe Tonart gegen Japan, das er allerdings nur zwischen den Zeilen nannte.

Eingangs wies der Ministerpräsident auf die „ungewöhnliche Einigkeit" und die großen Erfolge der Konservativen Partei hin, die von 27 Nachwahlen 25 gewonnen habe.

Eden trägt die Hauptverantwortung

Seine außenpolitischen Ausführungen begann Chamberlain mit der Feststellung, daß die Hauptverantwortung für alle außenpolitischen Aktionen dem Außenminister Eden zukomme, den zur Zeit „einige ernste Angelegenheiten" beschäftigten; obwohl in keinem Falle bis jetzt eine formelle Kriegserklärung erfolgt sei, seien tatsächlich zwei größere Kriege im Gange, einer in der Nähe, in Spanien, der andere weit entfernt, in China. In diesem Zusammenhang sprach sich Chamberlain in scharfen Worten gegen die Verwendung von Bombenflugzeugen aus und verurteilte die „Gewaltanwendung ohne den Versuch einer friedlichen Regelung".

Chamberlain will „größere Harmonie" mit Italien

Der Ministerpräsident streifte dann in freundlichem Ton die Roosevelt-Rede und sprach die Bereitwilligkeit Englands zur Mitarbeit an einer Neunmächtekonferenz über die Ostasienfrage aus.

Er fuhr dann fort: „Die Ereignisse im Fernen Osten haben im Augenblick die Aufmerksamkeit vom Mittelmeer abgelenkt, aber der Krieg in Spanien zieht sich weiter hinaus, und die Lage in diesem Land verursacht uns noch immer wachsende Sorge. Wir haben uns auch aufrichtig darüber gefreut, daß es möglich war, ein Uebereinkommen mit der italienischen Regierung über die Ueberwachung des Mittelmeeres durch französische, italienische und britische Kriegsschiffe zu erzielen, und wir fühlten uns zu der Hoffnung ermutigt, daß diesem Abkommen weitere Erörterungen zwischen den drei Mächten folgen könnten, um die Politik der Nichteinmischung wirklich effektiv zu gestalten. Wir warten noch immer auf die italienische Antwort auf unsere Einladung, und ich vertraue ernstlich darauf, daß sie eine größere Harmonie zwischen uns allen herbeiführen wird. Wenn wir einmal einen wirklichen Fortschritt in der Regelung der spanischen Frage machen könnten, würde der Weg für jene Besprechungen eröffnet werden, die Gegenstand der kürzlichen Korrespondenz zwischen Mussolini und mir waren."

Chamberlain behandelte sodann die englische Aufrüstung. Er erklärte, in dieser Frage gebe es praktisch in England nur noch eine Ansicht, nachdem auch der Vorsitzende der Labour-Partei erklärt habe, daß dieses Land stark gerüstet sein müsse. Er begrüße diese verspätete Bekehrung zum allein richtigen Glauben. Was den Fortschritt der Aufrüstung angehe, so müsse er offen sagen, daß er noch nicht so groß sei, wie er es wünsche. Man müsse aber zugeben, daß vor dem Beginn der Massenproduktion eine ungeheure vorbereitende Arbeit hätte geleistet werden müssen. Dieses vorbereitende Stadium sei aber nunmehr praktisch beendet, und die Produktion habe nunmehr ernstlich begonnen. Er glaube, daß dem aufmerksamen Auge des neuen Kriegsministers kein militärisches Problem entgehen werde, und daß sich die britische Armee, obwohl sie sich in ihrer Größe nicht mit den ungeheuren auf der Wehrpflicht beruhenden Armeen des Kontinents vergleichen lasse, doch, sobald sie einmal voll ausgerüstet sei, voll und ganz der Aufgabe gewachsen zeigen werde, die sie zu erfüllen habe.

Was die Flotte angehe, so erinnere er daran, daß für

eine halbe Million Tonnen Kriegsschiffe im Bau

seien. Die Stärke der britischen Heimat-Luftflotte habe sich innerhalb der letzten Jahre verdreifacht.

Zwecklügen

Ein Teil der Londoner Abendblätter hatte eine Meldung von angeblichen italienischen Truppenlandungen in einem nationalspanischen Hafen in großer Aufmachung veröffentlicht. Diese Meldung wird nun von amtlichen Londoner Kreisen dementiert. Die britische Regierung habe keinerlei derartige Informationen erhalten.

*

Man weiß, daß Chamberlains größte Hoffnung der von ihm seit langem betriebene Ausgleich mit Mussolini ist. Er hat jedoch in seinem Bestreben bisher das Deutsche Reich und die Achse Berlin—Rom zu wenig in seine politische Rechnung eingeschaltet, obwohl er wissen müßte, daß Rom ebenso wie Berlin seinen außenpolitischen Gesetzen unterliegt. Die dadurch immer wieder möglichen Mißverständnisse zwischen London und Rom scheinen also auch durch diese an sich so versöhnliche Rede möglich und gegeben zu sein.

Italienische Antwort am Sonnabend

Rom, 8. Oktober.

Wie in unterrichteten italienischen Kreisen verlautet, dürfte Italiens Antwort auf den englisch-französischen Vorschlag zu Dreierbesprechungen voraussichtlich Sonnabend erfolgen.

Sanktionen gegen Japan?

Als vor zwei Monaten der neue fernöstliche Konflikt zum offenen Ausbruch gelangte, da war es Japan, das in allen seinen amtlichen Aeußerungen immer wieder den lediglich „lokalen" Charakter der sich abzeichnenden Meinungsverschiedenheiten und aufflammenden Kämpfe betonte. Die japanische diplomatische Taktik bezweckte damit zweierleiz erstens wollte sie der chinesischen Zentralregierung in Nanking das Recht versagen, sich in die Verhandlungen einzuschalten, die die japanischen Militärs inzwischen mit den von Nanking mehr oder weniger unabhängigen, verantwortlichen Leitern der chinesischen Nordprovinzen angeknüpft hatten, und zweitens hoffte sie, durch diese bewußte Verkleinerung des tatsächlichen Geschehens und vor allem der wirklichen japanischen Absichten die um ihre Interessen am Fernen Osten bangenden auswärtigen Mächte beruhigen zu können. Durch die folgenden Ereignisse, deren Ursachen und schuldhafte Zusammenhänge hier nicht näher untersucht werden sollen, hat sich nun aber längst der fernöstliche Konflikt — obwohl eine offizielle völkerrechtliche Erklärung bisher noch fehlt und wohl auch niemals abgegeben werden wird —, nicht nur zu einem regelrechten Krieg entwickelt, sondern auch zu einem Geschehen, das die ganze Welt angeht. Der Fernostausschuß des Völkerbundes, für diesen besonderen Fall verstärkt durch einen Vertreter der im übrigen der Genfer Liga ja gar nicht angehörenden Vereinigten Staaten, hat diese Tatsache in seinem Bericht betont, und die Vollversammlung des Völkerbundes hat sie bestätigt. Gleichzeitig hat das Gremium in Genf seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß der Konflikt im Fernen Osten nicht derart sei, daß er auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen zwischen der japanischen und der chinesischen Regierung gelöst werden könne, daß vielmehr eine Intervention dieser oder jener Art notwendig sein werde. Nun käme allerdings der Völkerbundsentschließung, der hier wie so ziemlich in jedem anderen Falle nur der Wert einer nachträglichen Feststellung eines bestehenden Zustandes innewohnt, ebenfalls keine tiefere Bedeutung zu, wenn nicht die in Genf führenden Mächte dieselben wären, die auch am Fernen Osten am lebhaftesten interessiert sind, wobei man Amerika, wie schon gesagt, in diesem Falle auch als Genfer Zeugen mit aufführen darf.

Ja, die Vereinigten Staaten haben sich die Beschlüsse des Völkerbundes sogar in besonders eiliger Weise sogleich zu eigen gemacht: wie von uns schon berichtet, hat das Staatsdepartement in Washington soeben eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der sich die amerikanische Regierung einmütig hinter die Entschließung des Völkerbundes stellt und, wie er, die Einberufung einer Konferenz der Unterzeichner des Neun-Mächte-Paktes fordert, jenes 1922 in Washington abgeschlossenen Uebereinkommens also, durch das sich die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Portugal, natürlich China und gezwungenermaßen auch Japan für die völlige Souveränität, Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des „Reiches der Mitte" erklären; außerdem kündigte Washington eine außerordentliche Tagung des obersten Parlaments der USA, des Bundeskongresses, für Anfang November an. Ist es noch unbestimmt, zu welchen Beschlüssen beide Gremien gelangen, so liegt die amtliche Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Fernost schon so ziemlich fest. Sie erhellt aus der ebenfalls dieser Tage bekanntgewordenen erstaunlichen Tatsache, daß Washington sich trotz aller Neutralitätsbeteuerungen zu Lieferungen von Kriegsmaterial vor allem an die beiden Gegner Japans, an China und Sowjetrußland, bereitgefunden hat. Nanking bezog innerhalb der letzten beiden Jahre für rund 18 Millionen Dollar Waffen, Moskau für rund zwölf; dabei sind die jüngsten, natürlich besonders umfangreichen Sendungen noch gar nicht eingerechnet. Immerhin: Fünfundzwanzig Millionen Dollar, dreiundsechzig Millionen Reichsmark. Ob sie schon bezahlt sind? Und ob Amerika, auch wenn diese und jene Rechnung noch offenstehen sollte, weiter liefern, weiter borgen wird? Im Weltkrieg waren es die Schulden, die Frankreich, Belgien und England auf der Wallstreet gemacht hatten — und bis heute noch längst nicht zurückbezahlt haben —, die Amerika schließlich zum aktiven Eintritt in den Krieg auf seiten der Entente veranlaßten. Soll sich dieses Spiel trotz aller erst vor Jahresfrist gefaßten guten Vorsätze, trotz aller von Friedensschalmeien begleiteten Moralpredigten des amerikanischen Staatspräsidenten schon zwanzig Jahre später wiederholen?

Auch in England scheint man aus der Vergangenheit selbst aus der jüngsten, nur wenig lernen zu wollen. Denn das, was sich jetzt eben dort abspielt, erinnert verzweifelt an die unglückselige Psychose, die das Inselreich während des italienisch-abessinischen Feldzuges durchtobte, und die es auch im Hinblick auf die spanischen Ereignisse gefangenhält. Schwor die aufgeputschte englische Oeffentlichkeit in Massenversammlungen, Protestkundgebungen, Zeitungsartikeln damals dem

Panarabischer Widerstand gegen London?

Jerusalem, 8. Oktober.

Als Protest gegen die von der Mandatsregierung verhafteten und verbannten führenden Araber hat der Großmufti von Jerusalem von seinem Zufluchtsort, der Omar-Moschee, aus Telegramme an drei der arabischen Herrscher, den König des Irak, den König von Saudi-Arabien, Ibn Saud, und den Imam des Yemen, gesandt. Nach einer eingehenden Darstellung der Lage fordert der Großmufti die drei Herrscher auf, sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, „um den Arabern in Palästina ihre von der Mandatsregierung geraubten Rechte zurückzugeben".

Rom unterstützt Deutschlands Kolonialanspruch

Rom, 8. Oktober.

Deutschlands Rechtsanspruch auf seine früheren Kolonien findet in der gesamten italienischen Presse stärkste Beachtung und vollkommene Zustimmung. Die ganze Welt müsse, wie der Berliner Korrespondent des „Messaggero" betont, endlich begreifen, daß Deutschland auf dieses Recht nicht zu verzichten gedenke und seine Ansprüche immer wieder vorbringen werde. Gegenüber den stichhaltigen deutschen Beweisgründen stünden alle Einwände der Gegenseite auf schwachem Fuße. Mit Recht lehne Deutschland die Idee ab, sich an der Erschließung der Reichtümer anderer zu beteiligen, denn mit dieser, einer Großmacht mit glorreicher Kolonialvergangenheit unwürdigen Verlegenheitslösung würde es nur seine Arbeitskräfte, seinen Fleiß und seine kolonisatorischen Fähigkeiten ohne den geringsten eigenen Nutzen und nur zum Vorteil der anderen preisgeben. Der Berliner Vertreter des „Popolo" erklärt, die erste und grundsätzliche Voraussetzung, die das Dritte Reich für eine Zusammenarbeit stelle, sei die vollkommene Gleichberechtigung mit allen anderen europäischen Mächten, denn man könne von einem im Herzen Europas lebenden 70-Millionen-Volk nicht verlangen, daß es der europäischen Gemeinschaft diene, solange man ihm die Gleichberechtigung zu verweigern trachte.

Erbprinzessin Sibylle von Schweden operiert. Prinzessin Sibylle, die Gemahlin des schwedischen Erbprinzen Gustaf Adolf, die Tochter des Herzogs von Coburg, mußte sich einer Blinddarmoperation unterziehen. Der Zustand ist zufriedenstellend.